

**Ist das der Berliner Stil der Zukunft, Frau Jarasch?**

**„Hochmut kommt vor dem Fall“ – wer kennt sie nicht, diese alte, wahre und zugleich entlarvende Redewendung. Mag die grüne Spitzenkandidatin Jarasch immer wieder auch betonen, wie wichtig ihr der Dialog mit allen Teilen der Berliner Bürgerschaft ist, die Verweigerung von Antworten auf Nachfragen dieser Zeitung entlarven alles andere als bloßes Gerede. Genauso werden die Grünen im Bunde mit den Kommunisten handeln, wenn sie einmal ohne Korrektiv ungehemmt ihre Machtgelüste ausleben können. Berlins Bauherren, Bauunternehmern und Vermietern stehen turbulente Zeiten bevor. Man kann nicht sagen, dass eine andere Redewendung „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt“ hier zum Tragen kommt. Aber jeder kann wissen, was die grün-rot-rote Koalition für Berlin bedeutet. Die offen zur Schau getragene Missachtung von Ihnen, liebe Leser, spricht Bände. Wir erlauben uns, im Folgenden eine Chronik des Zustandekommens dieses Interviews zwischen Georg Gafron der Grünen-Chefin Jarasch zu dokumentieren.**

**Chronologie eines missglückten Interviews mit der  
Spitzenkandidatin der Berliner Grünen für die  
Abgeordnetenhauswahl am 26. September 2021**

8. April 2021: Anfrage an die Pressestelle der „Grünen“ um ein Interview mit Bettina Jarasch zu Fragen der Berliner Wohnungs- und Baupolitik.

20. April 2021: Pressesprecher Markus Kamrad bestätigt Eingang der Bitte mit dem Hinweis, dass ein persönliches Interview erst gegen Ende des Monats möglich sei.

27. April 2021: Anruf des Herrn Kamrad mit der Mitteilung, dass ein persönliches Interview nun doch nicht stattfinden könne. Wir mögen doch bitte die Fragen schriftlich einreichen. Sie würden dann umgehend beantwortet.

Noch am gleichen Tag übersandten wir einen Fragenkatalog. Dabei erlaubte ich mir den Hinweis, dass in der Regel ein schriftliches Interview ohne unmittelbares Gespräch fast immer ohne Authentizität erscheint, was zu bedauern sei. Kurz darauf bekamen wir die Antworten auf die übermittelten Fragen. Wie zu erwarten, fielen diese unter journalistischen Aspekten inhaltlich nicht zufriedenstellend aus. Daraufhin übersandten wir einen Katalog von jeweils einer Nachfrage pro Frage, die im beiliegenden Text abgetrennt und in anderer Schrift dokumentiert sind. Wir baten darum, diese zur Vervollkommnung des Interviews nachzubeantworten.

7. Mai 2021: Herr Kamrad übermittelte uns folgende eMail: „Ich bitte um Verständnis, dass wir keine weiteren Bearbeitungsschleifen ermöglichen können“. Ganz abgesehen davon, dass ich auch nach Jahrzehnten journalistischer Tätigkeit mit dem Begriff „Bearbeitungsschleifen“ noch etwas in der professionellen Kommunikation dazugelernt habe, frage ich mich, ob die Leser und ich als Angehörige einer bestimmten Gruppe der Berliner Bevölkerung uns für die Zeit nach der Wahl auf diesen „Umgangsstil“ einrichten müssen. Ich habe mir erlaubt, dazu einige kommentierende Anmerkungen zu machen. Georg Gafron Es folgt die Dokumentation des Interviews inkl. der nichtbeantworteten Fragen.

**INHALT**

Kolumne von Georg Gafron:  
Gleichheit statt Freiheit!  
..... Seite 3

**Online-Seminare**

Mängel der Mietsache – Anzeige,  
Beseitigung, Mietminderung  
und mehr  
..... Seite 4

Räumungsunterwerfung  
im Gewerbemietvertrag  
..... Seite 4

**IMPRESSUM**

RDM KOMPAKT  
Informationsbeilage des  
Ring Deutscher Makler  
Landesverband Berlin und Brandenburg e.V.  
Potsdamer Straße 143  
10783 Berlin  
Telefon 030 / 213 20 89  
Telefax 030 / 216 36 29  
eMail: info@rdm-berlin-brandenburg.de

Chefredakteur (verantwortlich i.S.d.P.):  
Markus Gruhn, Vorstandsvorsitzender



**Sie haben alle Chancen, die nächste Regierende Bürgermeisterin der im Vergleich einzigen deutschen Metropole zu werden. Wie sollte in Ihren Visionen die Stadt der Zukunft aussehen?**

Menschengerecht, mit einer krisenresilienten Wirtschaft und gewappnet für den Klimawandel. Die Corona-Krise war wie ein FastForward für bestimmte Entwicklungen. Wir brauchen mehr Stadtgrün, damit die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum auch für die gut ist, die keinen Garten haben. Ich wünsche mir eine Stadt, in der die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs so gut sind, dass die Leute zunehmend auf ihr eigenes Auto verzichten. Eine Stadt mit bezahlbarem Wohnraum und einer gesunden sozialen Mischung. Und eine Stadt, mit einer Wirtschaft, die sich in Richtung nachhaltiger und zukunftsfähiger Geschäftsmodelle transformiert.

**Nachfrage:** *Mal ganz davon abgesehen, wer definiert, was menschengerecht ist, bedeutet der von Ihnen gewünschte Verzicht auf ein eigenes Auto für viele zugleich den Verlust von Mobilität und persönlicher Freiheit. Wollen Sie umerziehen oder vielleicht gar Druck ausüben, indem Sie das Autofahren unbezahlbar für „kleine Leute“ machen?*

**Könnten Sie Ihre Vorstellungen über einen an den Kriterien der Ökologie ausgerichteten Umbau der Wirtschaft unter berlinspezifischen Gegebenheiten etwas präzisieren?**

Das Gute ist ja, dass große Teile der Wirtschaft diesen Umbau gerade massiv vorantreiben. Die Wirtschaft weiß, wie fatal eine Orientierung am Status Quo ist. Wirtschaft braucht Innovation! Die Krise bietet die Chance, die nach 1990 in Teilen sehr zufällig gewachsene Wirtschaftsstruktur Berlins weiter zu transformieren und sie für die Herausforderungen der Zukunft fit zu machen. Alle Konjunktur- oder Wiederaufbauprogramme sollten wir auch danach ausrichten, inwieweit Klimawandel und Digitalisierung mitgedacht werden.



Foto: Dominik Butzmann

Berlinspezifisch heißt das: Berlin muss in die wichtigsten Zukunftsbranchen stärker investieren. In Digitalisierung, auch in die Rückgewinnung alter industrieller Akteure mit neuen Ideen, so in der Siemensstadt, so wie beim Strukturwandel bei Daimler in Marienfelde, so wie mit der Ansiedlung der Deutschen Bahn im Gasometer.

Die Zukunftsbranchen Berlins basieren auf Wissen, Know-how, Expertise und der Rückkehr einer Eigenschaft, die Berlin vor 150 Jahren zum industriellen Vorreiter in Deutschland gemacht hat: Gründeroptimismus. Idealismus, Wagemut und Unternehmertum sind Eigenschaften, die Unternehmen brauchen und der Senat muss sie dabei unterstützen.

**Zu Berlins wunden Punkten gehört der Wohnungsbau. Investitionen und Neubau stagnieren. Gibt es einen Jarasch-Plan?**

Zwei Anmerkungen: In einer Marktwirtschaft signalisieren Preise Knappheit. Der Preis für Geld ist seit Jahren bei nahe null. Sprich: Kapital ist da. Wir müssen dafür sorgen dass es so investiert wird, dass es der Berliner Bevölkerung dient. Zweitens: Neubau allein wird das Problem des Berliner Wohnungsmarkts nicht lösen. Klar brauchen wir mehr Neubau für die wachsende Stadt – viel schneller und

mit mehr aktiver Steuerung durch die Politik. Die soziale Frage wird aber im Bestand gelöst. Und deshalb brauchen wir neben Neubau auch Mietenregulierung. Und wir brauchen vor allem ökologischen Neubau mit einem hohen Anteil an bezahlbaren Wohnungen. Wir wollen deshalb viel mehr nach Konzept vergeben, nicht nach Höchstpreis. Grundstücke nicht verkaufen, sondern in Erbpacht zur Verfügung stellen. Wir wollen den Bezirken mit Personalaufbau ermöglichen, wieder Bebauungspläne selbst aufzustellen. Dann sind die auch schon fertig, wenn Grundstückseigner bauen wollen. Das beschleunigt.

**Nachfrage:** *Interessant, dass Sie das Wort Enteignung gar nicht in den Mund nehmen, denn nach Ihren Vorstellungen müssen die Investoren nach Ihren ganz konkreten Vorgaben bauen, wobei Sie auch gleich noch den Preis für das fertige Produkt festlegen. Das Grundstück gehört dem Investor auch nicht – also gleich von Beginn an alles in staatlicher Hand. Mit einem solchen Konzept Unternehmer zu suchen, gleicht der Hoffnung auf einen Sechser im Lotto.*

**„Ohne Moos nichts los“ ist eine alte Volksweisheit. Wen werden Sie zur Kasse bitten und wer soll profitieren?**

Das ist eine sehr verkürzte Betrachtung von Politik, zumal die meisten Steuergesetze im Bund erlassen werden. Wenn Sie darauf anspielen, wie wir unsere Mittel einsetzen, dann ist es allerdings richtig, dass wir sehr genau schauen müssen, für welche Zwecke wir unsere finanziellen Spielräume nutzen. Denn diese Spielräume werden in den nächsten Jahren enger sein, durch die Folgen der Coronakrise, die wir insgesamt noch nicht genau abschätzen können, die aber für einige Berliner Branchen – Hotel, Tourismus, Veranstaltungsbranche – dramatisch sein werden.

Die Maßnahmen gegen die Folgen der Finanzkrise von 2009 haben gezeigt, dass der Staat als Auftraggeber wichtige Impulse setzen kann. Die müs-



sen aber voll auf Transformation einzahlen. Also auf einen Wandel in Richtung klimaneutrales Wirtschaften, stärker kreislauffähig, resilient und digital. In den Status quo Geld zu pumpen, können wir uns nicht leisten – allein weil wir die Schuldenbremse haben. Ein Beispiel: Der nun eingetretene Rückgang im Reiseverkehr – die Luftfahrtbranche rechnet erst 2025 wieder mit Passagierzahlen wie 2019 – lässt sich nicht kurzfristig auffangen. Die Programme, die dafür notwendig wären, übersteigen nicht nur die Schuldenbremse. Sie wären auch ökonomisch sinnlos. Wir müssen jetzt den Weg weg vom Massentourismus mit all seinen Begleiterscheinungen hin zum qualitativen Tourismus konsequent weiter gehen.

**Nachfrage:** Also Fernreisen nur für die Besserverdienenden, und der Rest darf im Berliner Umland durch Öko-Parks mit entsprechenden Auflagen spazieren gehen? Alltagsprachlich nennt man sowas unerwünschte „Volksbeglückung“. Wie wollen Sie das durchsetzen?

**Unternehmerfreundlich klingt das ja nicht gerade. Wie wollen Sie Investoren halten und neue gewinnen?**  
Wie bitte? Wirtschaft braucht den

Wandel, braucht Innovationen, das bestätigen mir alle Gespräche mit Berliner Unternehmerinnen und Unternehmern, die ich in den letzten Monaten intensiv geführt habe. Im Gegenteil: Wenn wir Berlin zum Leuchtturm für grünes Wirtschaften machen – zu einem Ort wo krisenresiliente, nachhaltige Lösungen nicht nur erdacht, sondern produziert werden, dann stärkt das die ansässige Wirtschaft und lockt weitere Investoren an. Und Berlin ist doch dafür gut aufgestellt: Die Hauptstadt schleppt im Gegensatz zu den südlichen und westlichen Bundesländern nicht die überkommenen Industriezweige des 20. Jahrhunderts mit. Keine andere Metropole Deutschlands ist so gut aufgestellt wie Berlin als junge, kreative und wachsende Stadt mit einer exzellenten Wissenschafts-, Forschungs- und Entwicklungslandschaft. Keine hat so vielen internationalen Austausch. Keine Stadt hat neben ihren guten Standortbedingungen so ein attraktives, offenes und liberales Umfeld. In der Hauptstadt finden sich etwa 150 Innovation-Labs von zwei Dritteln der DAX-Unternehmen. Ich mache mir da gerade viel weniger Sorgen als Sie: Berlin kann ökonomisch direkt vom 19. ins 21. Jahrhundert springen.

**Nachfrage:** Amüsant, wie Sie die Industrien des 20. Jahrhunderts abqualifizieren. Immerhin tragen die Autoindustrie, der Maschinenbau und die chemische Industrie mit ihren gewaltigen Exporten gerade in der Corona-Krise den ganzen Laden. Durch wen und was sollen die denn ersetzt werden?

**Berlin hat als Wissenschaftsstandort und mit seiner kulturellen Vielfalt eine Spitzenposition. Dazu gehören auch Offenheit und Toleranz. Wie stehen Sie zur Cancel Culture und Ähnlichem?**

Stimmt, Berlin gilt als weltoffene, internationale Stadt, die mit Vielfalt umgehen kann. Das lockt nicht nur Touristen aus aller Welt hierher, sondern macht Berlin auch attraktiv für ausländische Forscherinnen und Fachkräfte. Die wir dringend brauchen. Ich habe nicht den Eindruck, als fühlten sich junge ausländische Spitzenkräfte von dem abgehalten, was Sie skizzieren. Die urbane Gesellschaft wandelt sich. Sie wird diverser, unterschiedlicher. Das sorgt auf allen Seiten für Irritationen. Da hilft oft etwas mehr Verständnis

**Nachfrage:** Das kann ich sehr gut verstehen, haben Sie doch selbst die Erfahrung gerade auf nahezu lächerliche Weise →



Kolumne von Georg Gafron



Foto: bluejayphoto/Stock Foto Gafron: Wikipedia

**Gleichheit statt Freiheit!**

Nichts verabscheuen Ideologen mehr als Pragmatiker. Denn ihr Ziel ist nicht das Lösen von Problemen, sondern die Zerstörung des bisherigen. Nur das ist die Voraussetzung für die Realisierung des Paradieses der Gleichen unter Gleichen bei ständigem Genuss aller irdischen Genüsse. Neu sind solche Fantasien in der Geschichte der Mensch-

heit natürlich nicht. Genauso, wie sie ausnahmslos den Menschen nicht das Paradies, sondern die schlimmste Form der Hölle bescheren. So kann es auch beim Thema Bauen, Mieten und Wohnen nicht um Kompromisse und für alle letztlich akzeptable Lösungen im Sinne des Gemeinwohls gehen. Nein, mindestens Enteignung allen

Privateigentums muss es sein. Denn letztlich geht es bei den „kleinen Dingen“, verglichen mit der großen Vision, nur um Banalitäten.

Wie ein roter Faden zieht sich diese Doktrin durch alle Wahlprogramme der vereinigten Linken. Ob Linkspartei, Grüne oder SPD. Die Sehnsüchte sind die gleichen. Die Corona-Bedrohung kam wie gerufen. Es gibt eben Dinge, da müssen auch die Grundrechte mal in die zweite Reihe rücken. Und ist Corona erst vorbei, lässt die drohende Klimakatastrophe alles andere als nebensächlich erscheinen. Dann geht es aber um den Umbau der ganzen Gesellschaft. Die Zeichen stehen schon an der Wand. Warum wurden eigentlich Privatärzte per Anweisung von der Corona-Impfaktion ausgeschlossen? Nachdenken empfohlen!





*machen müssen. Glauben Sie wirklich, dass Universitäten, an denen nur eigene Meinungen geduldet werden, auf Dauer attraktiv sind?*

**Zum Schluss noch zwei für Grüne normalerweise kritische Stichworte: Ausländerkriminalität, speziell Clanstrukturen und härteres Vorgehen gegen sie durch die Polizei.**

Ich verstehe nicht, weshalb Sie nur einen Teil der Organisierten Kriminalität ansprechen, denn damit haben wir es zu tun. Ich möchte Organisierte Kri-

minalität insgesamt bekämpfen. Und zwar dort, wo es den Kriminellen am meisten weh tut: indem wir die illegal erworbenen Vermögen abschöpfen. Berlin hat dafür einen sehr erfolgreichen Weg gefunden. Wir haben im Rahmen der Gewinnabschöpfung bislang 77 Immobilien beschlagnahmt. Das schreckt viel mehr ab als Strafen. Das signalisieren uns auch immer wieder die Strafverfolger. Das werden wir konsequent weiter verfolgen.

**Nachfrage:** Aber Sie werden doch nicht

*abstreiten, dass die wesentlichen Kernbereiche der Organisierten Kriminalität – Drogenhandel, Menschenhandel und damit verbunden Zwangsprostitution, Schutzgelderpressung, Diebstähle in jeder Form, Vermögensdelikte fest in der Hand ausländischer Banden sind. Und habe ich Sie richtig verstanden: keine Strafen mehr? Und auch keine Abschiebungen? Da könnte man ja fast meinen, man solle die Kriminellen ruhig schalten und walten lassen, um dann die illegalen Gewinne für das Gemeinwohl abzuschöpfen?*

## Online-Seminare über die Videoplattform „Zoom“

### Mängel der Mietsache – Anzeige, Beseitigung, Mietminderung und mehr

Der Vermieter schuldet dem Mieter einen mangelfreien Zustand der Mietsache während der Mietzeit. Treten Mängel an der Mietsache auf, muss der Vermieter diese beseitigen. Das Vorhandensein von Mängeln führt zur Entstehung von Rechten und Ansprüchen für beide Mietvertragsparteien. Während der Vermieter berechtigt und verpflichtet ist, Mängel an der Mietsache zu beseitigen, ist der Mieter nicht nur verpflichtet, einen Mangel beim Vermieter unverzüglich anzuzeigen, sondern auch die Mängelbeseitigung zu ermöglichen. Das Seminar behandelt die relevanten Schritte der Mängelanzeige und der Mängelbeseitigung im Mietrecht und die sich daraus ergebenden Rechtslagen.

#### Inhalte:

- Entstehung von Mängeln
- Kenntniserlangung von Mängeln
- Anzeige von Mängeln
- Beseitigung von Mängeln
- Duldungsanspruch des Vermieters
- Erfüllungsanspruch des Mieters
- weitere Rechtsfolgen
- Minderung
- Schadensersatz
- Aufwendungsersatz



- Selbstvornahme
- Zurückbehaltungsrecht
- Berücksichtigung von Mängeln in den Betriebskosten
- Mängel in der Untermiete
- und vieles mehr

**Zielgruppe:** Hausverwalter

#### Referent:

Dr. Carsten Brückner, Rechtsanwalt und Fachanwalt für Miet- und Wohnungseigentumsrecht, Vorsitzender des Landesverbandes Haus & Grund Berlin; Mitglied im Vorstand des Zentralverbandes Haus & Grund Deutschland

#### Termin:

Mittwoch, 18. August 2021  
11.00 bis 13.30 Uhr

#### Teilnahmegebühren:

RDM-Mitglieder	100,00 €
Externe	170,00 €

### Räumungsunterwerfung im Gewerbemietvertrag

Räumungsverfahren auch im Gewerbe- raummietrecht sind langwierig und können mehr als ein Jahr dauern. Innerhalb eines solchen Räumungsverfahrens können sich komplizierte Rechtsfragen auftun, z. B. wenn der Mieter Mängel behauptet, welche



zur Minderung berechtigen sollen. Dann bedarf es oft einer teuren und langen Beweisaufnahme. Aufgrund der zudem enormen Ausfallrisiken ist es ratsam, schon im Mietvertrag, vor Übergabe der Mietsache eine notarielle Zwangsvollstreckungsunterwerfungserklärung bezüglich der zukünftigen Räumung nach der Kündigung vorzusehen. Zusätzlich können auch noch Schutzmechanismen zugunsten des Mieters vereinbart werden. Dieses Seminar zeigt die wesentlichen Punkte einer notarielle Räumungsunterwerfung anhand eines Musters auf, Kosten, Fallstricke und Problemlagen erläutern, einzelne Punkte aus der Rechtsprechung aufgreifen und lösen und weitere Absicherung des Mietgebrauchs im Grundbuch erläutern.

#### Zielgruppe:

Immobilienmakler, Hausverwalter

#### Referentin:

Rechtsanwältin Dr. Sabine Haselbauer, Fachanwältin für Bank- und Kapitalmarktrecht, Notarvertreterin, MSc. Real Estate Management

#### Termin:

Donnerstag, 9. September 2021  
11.00 bis 13.00 Uhr

#### Teilnahmegebühren:

RDM-Mitglieder	100,00 €
Externe	170,00 €

